

Niederschrift

zur Sitzung des Kreistages am Mittwoch, den 04.10.2017, um 17:00 Uhr,
im Atrium des Landratsamtes, Haus B, Breitscheidstr. 7, 15848 Beeskow

Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr Sitzungsende: 19:55 Uhr

Es waren anwesend: siehe Anlage 1

Folgende Tagesordnung wird bestätigt und danach verfahren

I. Öffentlicher Teil:

1. Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit
2. Bestätigung der Tagesordnung
3. Bestätigung der Niederschrift der Sitzung vom 21.06.2017 - öffentlicher Teil
4. Einwohnerfragestunde
5. Geschäftsbericht des Landrates
6. Beantwortung schriftlicher Anfragen der Fraktionen durch den Landrat
7. Lücke im Anspruch auf Schülerbeförderung schließen
8. Voraussetzungen für einen Kreis-Elternbeirat für Kita schaffen
9. Stellungnahme des Landkreises Oder-Spree zum Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz zur Neugliederung der Landkreise und kreisfreien Städte im Land Brandenburg und zur Änderung anderer Gesetze
10. Kinderschutzmonitoring - Jährliches Monitoring zu Entwicklungen und Tendenzen der Meldungen und der tatsächlich festgestellten Kindeswohlgefährdungen im Landkreis Oder-Spree (Berichtszeitraum 2016)
11. Errichtung eines Schulzentrums in Fürstenwalde
12. Schulentwicklungsplan des Landkreises Oder-Spree für den Zeitraum 2017-2022
13. Beschlussfassung über die Feststellung des geprüften Jahresabschlusses mit Lagebericht und Verwendung des Jahresergebnisses des Eigenbetriebes "Kommunales Wirtschaftsunternehmen Entsorgung" für das Wirtschaftsjahr 2016
14. Beschlussfassung über die Entlastung der Werkleitung des Eigenbetriebes "Kommunales Wirtschaftsunternehmen Entsorgung" für das Wirtschaftsjahr 2016
15. Genehmigung einer Eilentscheidung über die Bewilligung einer überplanmäßigen Auszahlung i.H.v. 850.000 € für die Investitionsmaßnahme "Umnutzung zweier Odersun-Industriehallen zum Archiv-, Lese- und Medienzentrums und zum Brand-, Zivil- und Katastrophenschutztechnischen Zentrum"
16. Prioritätenliste für den Investitionsbedarf des Landkreises Oder-Spree im Zeitraum 2018 bis 2022 ff
17. Baubeschluss zum Neubau der Spree-Oberschule einschließlich Schulsporthalle in Fürstenwalde/ Spree

18. Grundsatzbeschluss zur Vorbereitung der Erneuerung der Kreisstraße K 6747,
1. BA - OD Alt Stahnsdorf, Abschnitt 040, 2. BA - L 40- Alt Stahnsdorf, Abschnitt 030
19. Grundsatzbeschluss zur Vorbereitung der Erneuerung der K 6755, Abschnitt 020,
1. BA Autobahnbrücke (A 10) - Freienbrink
2. BA Freienbrink - Spreeau
20. Änderung der Geschäftsordnung des Beirates für Beschäftigungsförderung im Land-
kreis Oder-Spree - Örtlicher Beirat gemäß § 18 d SGB II - hier Änderung § 3 Zusam-
mensetzung, Berufung, § 4 Vorsitzender und § 9 Inkrafttreten
21. Sitzungsplan 2018
22. Bestellung der Mitglieder für den Seniorenbeirat des Landkreises Oder-Spree
23. Wahl der Beschäftigtenvertreter und ihrer Stellvertreter für den Werksausschuss des
Eigenbetriebes KWU
24. Neuwahl eines stellvertretenden stimmberechtigten Mitgliedes in den Jugendhilfeaus-
schuss auf Vorschlag des DRK Kreisverbandes Märkisch-Oder-Havel-Spree e. V.
25. Bestellung eines neuen stellvertretenden Mitgliedes für die Zweckverbandsversamm-
lung Sparkasse Oder-Spree
26. Veränderungen in den Ausschüssen

II. Nichtöffentlicher Teil:

1. Bestätigung der Niederschrift der Sitzung vom 21.06.2017 - nichtöffentlicher Teil
2. Austritt aus der format gGmbH-Anerkannte Werkstatt für behinderte Menschen Fürs-
tenwalde/Spree
Veräußerung der Geschäftsanteile des Landkreises Oder-Spree an der format
gGmbH-Anerkannte Werkstatt für behinderte Menschen Fürstenwalde/Spree an den
AWOKreisverband Fürstenwalde e. V
3. Personalangelegenheiten
4. Informationen aus dem Ausschuss für Geschäftsangelegenheiten und Petitionen

I. Öffentlicher Teil:

Zu TOP 1 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende des Kreistages, Herr Dr. Berger, begrüßt alle Anwesenden, stellt die ord-
nungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit fest.

Zugleich stellt er zwei nachgerückte Abgeordnete vor: Herrn Detlef Schrobback - SPD – (für
Herrn Vogelsänger), Herrn Sighardt Stermitzke - AfD – (für Herrn Schubel) und verpflichtet bei-
de.

Des Weiteren wird bekannt gegeben, dass Herr Frank Behr von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen & Piraten zur Fraktion BVG/Freie Wähler wechselt. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen & Piraten verliert damit den Status einer Fraktion.

zugestimmt

Zu TOP 2 Bestätigung der Tagesordnung

Herr Dr. Berger weist darauf hin, dass TOP 15 von der Tagesordnung gestrichen wurde, da die Prioritätenliste im Kreisausschuss am 13.09.2017 zurück verwiesen wurde.

Weiterhin wird von Seiten der SPD darum gebeten, den TOP 16 vor den TOP 11 zu verschieben. (6 Enthaltungen, 1 Gegenstimme)

Weitere Änderungsanträge gibt es nicht. Die Abstimmung wird vorgenommen.

Mehrheitlich zugestimmt
Nein 1 Enthaltung 6

Zu TOP 3 Bestätigung der Niederschrift der Sitzung vom 21.06.2017 - öffentlicher Teil

Es wird um Abstimmung zur Niederschrift der Kreistagssitzung vom 21.06.2017 gebeten.

einstimmig zugestimmt
Enthaltung 3

Zu TOP 4 Einwohnerfragestunde

Frau Dr. Fiedler von der Integrativen katholischen Grundschule in Neuzelle und Frau Eiser-
mann, Mutter eines Kindes an dieser Grundschule, erhalten das Wort und weisen auf den Punkt
Schülerspezialverkehr hin, da hier dringend Handlungsbedarf bestehe.
Insofern wird Bezug auf den Antrag der Fraktion Die Linke genommen.

Der Landrat, Herr Lindemann, erklärt, dass der im letzten Kreistag durch die Fraktion Die Linke
eingebracht Antrage bereits im Bildungsausschuss behandelt wurde. Der Sachverhalt ist sehr
komplex und eine rechtliche Prüfung wurde veranlasst. Unter TOP 7 wird der Antrag jedoch
noch einmal aufgegriffen.

zur Kenntnis genommen

Zu TOP 5 Geschäftsbericht des Landrates

Der Geschäftsbericht des Landrates ist als Anlage beigefügt.

zur Kenntnis genommen

Zu TOP 6 Beantwortung schriftlicher Anfragen der Fraktionen durch den Landrat

Es wurden keine schriftlichen Anfragen eingereicht.

Abgesetzt

Zu TOP 7 Lücke im Anspruch auf Schülerbeförderung schließen Vorlage: 005/DIE LINKE/2017

Herr Dr. Berger verliest den bereits vorliegenden Änderungsantrag zum TOP 2 (siehe Anlage).

Herr Dr. Pech erläutert den Antrag der Fraktion und nimmt Bezug auf die in der Einwohnerfragestunde angesprochenen Schwerpunkte; es handele sich um einen Antrag zur Prüfung, um die Lücken in der Schülerbeförderung zu schließen. Um die Satzung ab 2018 wirksam werden zu lassen, wäre der Termin zum nächsten Kreistag zu setzen.

Frau Siebke erhält das Wort und berichtet über das Ergebnis der Beratung im Bildungsausschuss; etliche Fragen seien noch nicht geklärt. Fest stehe, dass der Bedarf in der Schülerbeförderung nicht im Detail bekannt ist. Es müsse eine Abgrenzung vorgenommen werden, inwiefern z. B. in den Ferien ein Anspruch auf Schüler-Spezial-Transporte ausgedehnt werden soll. Wäre eine Lösung durch Einzelfallentscheidungen realisierbar, ohne dass die Satzung geändert werden müsse?

Herr Dr. Pech meldet sich noch einmal zu Wort und weist explizit darauf hin, dass die Ergänzung der Satzung gesetzeskonform durch die Verwaltung geprüft werden müsse. Auch bittet Herr Dr. Pech darum, zusätzliche Informationen zum Werdegang zurückverwiesener oder zurückgestellter Anträge zu bekommen, um Irritationen zu vermeiden bzw. über den Stand der Bearbeitung im Bilde zu sein.

Herr Hilke schließt sich den Ausführungen von Frau Siebke an und führt aus, dass die Satzung nicht geändert werden könne, wenn nicht fest steht, wie hoch der Bedarf der Beförderung in den Ferien sei.

Herr Dr. Pech ändert seinen Antrag wie folgt:

- 1.) Der Kreistag Oder-Spree beauftragt den Landrat, zum Kreistag im Dezember 2017 die Prüfung einer Ergänzung der Schülerbeförderungssatzung vorzulegen, mit der der Anspruch auf Schülerbeförderung für das gesamte Jahr gewährleistet wird.

Frau Siebke spezifiziert ihren Antrag:

Der gesamte Antrag müsse in der Verwaltung geprüft werden. Die Prüfung soll beinhalten, wie beide im Beschlussvorschlag beantragten Anliegen realisiert werden können. Der Lösungsvorschlag wäre im Dezember-Kreistag vorzulegen.

Herr Dr. Pech übernimmt diesen Antrag und um Abstimmung wird gebeten.

zurückverwiesen

Zu TOP 8 Voraussetzungen für einen Kreis-Elternbeirat für Kita schaffen
Vorlage: 006/DIE LINKE/2017

Einleitend zum TOP 8 verliest Herr Dr. Berger einen Änderungsantrag. Der Satz:

„Der Kreistag strebt die erste Wahl des örtlichen Beirates für September 2017 an.“

ist ersatzlos zu streichen.

Herr Dr. Pech ergreift das Wort und bezieht sich auf den gleichen Antrag, der vor der Sommerpause bereits eingereicht wurde. Er habe zur Kenntnis genommen, dass die Verwaltung tätig geworden ist und zielstrebig an einem Ziel arbeite.

Frau Kilian berichtet über die Ergebnisse aus der Beratung des Jugendhilfeausschusses. Vorerst sei eine Veranstaltung am 21.11.2017 gemeinsam mit Kommunen und Eltern aus den Kitaausschüssen geplant, um die Wünsche und Bereitschaft der Eltern in Erfahrung zu bringen. Hier müsse unter anderem geprüft werden, ob eine Verantwortlichkeit bei den Kommunen oder beim Landkreis zu sehen sei. Von daher beantragt sie, den

Antrag in den Jugendhilfeausschuss zu verweisen.

Herr Dr. Stiller vertritt die Auffassung nicht abzuwarten, sondern zum konkreten Termin so vorbereitet zu sein, dass bei vorliegender Bereitschaft der Eltern sogleich das Gremium gebildet werden kann.

Herr Hilke spricht sich ausdrücklich gegen den Antrag aus, da kein sachlicher Grund für die Verantwortlichkeit des Landkreises vorliegt. Betreut und verwaltet werden die Kitas von kommunaler Ebene; und dort läge auch die Verantwortung.

Hr. Dr. Pech verweist auf ersten Satz in der Begründung zum Antrag:

„Mit der Änderung des Kita-Gesetzes im Juli 2015 hat der Landtag die Einführung von örtlichen Elternbeiräten in den Landkreisen bzw. kreisfreien Städte sowie die Einführung eines Landeselternbeirates für die Kitas beschlossen.“

Es stelle sich ihm die Frage, warum ein durch den Landtag gesetzter Rechtsrahmen nicht ausgeschöpft werden soll.

Herr Dr. Berger bittet um Abstimmung,

ob der **Antrag in den Jugendhilfeausschuss zurückverwiesen** wird.

zurückverwiesen

Ja MH Nein 8 Enthaltung 1

Zu TOP 9 Stellungnahme des Landkreises Oder-Spree zum Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz zur Neugliederung der Landkreise und kreisfreien Städte im Land Brandenburg und zur Änderung anderer Gesetze
Vorlage: 066/2017

Herr Dr. Berger führt eingangs aus, dass der Zeitweilige Ausschuss Kommunalreform (ZAK) seit drei Jahren bestehe und einzigartig in der Zusammensetzung im Land Brandenburg sei. Mehrere Stellungnahmen zu Referentenentwürfen wurden vorgelegt, die nur zum Teil Berücksichtigung fanden.

Nunmehr liegen die Gesetzesentwürfe vor, zu denen es am 19.10.2017 eine Anhörung im Innenausschuss des Landtages geben wird. Bei Studium der Gesetzesvorlagen wird klar, dass es im Land Brandenburg zwar einen Reformbedarf gibt, jedoch die Gesetze für den Landkreis Oder-Spree nicht greifen. Daher ist es der Vorschlag des ZAK, die Gesetzesentwürfe abzulehnen. Sollten diese jedoch den Landtag passieren, gäbe es den Vorschlag:

dass der Landkreis Oder-Spree aufgelöst und durch eine Fusion mit der kreisfreien Stadt Frankfurt (Oder) neu geschaffen wird.

Weitere Ausführungen zur erarbeiteten Stellungnahme übernimmt der Landrat, Herr Lindemann (siehe Anlage).

Herr Dr. Zeschmann ergreift das Wort und fügt hinzu, dass er die erneute, inhaltlich sehr fundierte Stellungnahme befürworte und die Vorgaben von Landesseite durchdrungen sähe. Sie sei ein handfestes Argument, um eine Kreisgebietsreform vom Tisch zu fegen.

Um der Stellungnahme Nachdruck zu verleihen, bittet er um Werbung und Unterstützung für das Volksbegehren, um das Gesetz zu stoppen und somit einen Schaden für die Bürger des Landkreises abzuwenden.

Herr Dr. Berger bittet um Abstimmung zum Beschlussvorschlag.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag möge beschließen:

Der Kreistag Oder-Spree lehnt die vorliegenden Gesetzentwürfe ab.

Der Kreistag Oder-Spree lehnt ebenso die vorgesehene Auflösung des Landkreises Oder-Spree ab.

Daher lehnt er diese und eine darauf aufbauende *Fusion* mit der Stadt Frankfurt (Oder) grundsätzlich ab. Demzufolge ist auch das vorgesehene und mit erheblichen demokratischen Defiziten belastete so genannte *Fusionsgremium* nicht erforderlich und wird abgelehnt. Als besonders undemokratisch lehnt der Kreistag Oder-Spree das bei Uneinigkeit der Gremien bestehende Letztentscheidungsrecht des Innenministeriums Brandenburg ab.

Der Kreistag Oder-Spree lehnt die Übernahme der Schulden der Stadt Frankfurt (Oder) sowie die Übernahme der Verantwortung für den Investitionsrückstau der Stadt Frankfurt (Oder) zum Schutze seiner Bürger ab.

Demnach hat das Land die Kosten dafür vollständig zu übernehmen. Daher wird der Landrat im Falle einer Umsetzung der *Kreisgebietsreform* aufgefordert, die Kosten vollständig vom Land einzufordern.

Der Kreistag Oder-Spree übernimmt die Stellungnahme des Landkreises Oder-Spree zum Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz zur Neugliederung der Landkreise und der kreisfreien Städte im Land Brandenburg und zur Änderung anderer Gesetze. Diese Stellungnahme wurde gemeinsam durch Vertreter aller Fraktionen im Kreistag, durch Vertreter der Städte und Gemeinden, sowie durch Vertreter der Kreisverwaltung erarbeitet.

Darüber hinaus übernimmt der Kreistag die Stellungnahme des Landkreistages Brandenburg. Im Falle eines Beschlusses der Gesetzentwürfe und einer Umsetzung *der Kreisgebietsreform* behält sich der Kreistag Oder-Spree darüber hinaus vor, den Landrat zu beauftragen vor dem Landesverfassungsgericht dagegen Klage einzureichen.

einstimmig zugestimmt

**Zu TOP 10 Kinderschutzmonitoring - Jährliches Monitoring zu Entwicklungen und Tendenzen der Meldungen und der tatsächlich festgestellten Kindeswohlgefährdungen im Landkreis Oder-Spree (Berichtszeitraum 2016)
Vorlage: 038/2017**

Es gibt keine Ausführungen oder Ergänzungen. Es wird um Abstimmung gebeten.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt das "Kinderschutzmonitoring 2016" als Fortschreibung der Kinderschutzberichterstattung im Landkreis Oder-Spree.

einstimmig zugestimmt

**Zu TOP 11 Errichtung eines Schulzentrums in Fürstenwalde
Vorlage: 051/2017**

Herr Dr. Berger übergibt das Wort an Frau Siebke. Diese berichtet über das Ergebnis der Beratung des Bildungsausschusses, in welchem der Beschluss abgelehnt worden ist, mit dem Hinweis, dass zu diesem Zeitpunkt eine erste Ausfertigung der Beschlussvorlage existierte und hier im Kreistag nun aber eine überarbeitete Variante vorliegt. Unter anderem war die Ursache hierfür der nicht eindeutig festgelegte Umfang der Trägerschaft und der Umfang der vom Land zur Verfügung gestellten Fördermittel.

Herr Dr. Zeschmann betont im Anschluss, dass er mit der überarbeiteten Beschlussfassung konform gehen kann.

Herr Dr. Pech schließt sich seinen Vorrednern inhaltlich an.

Herr Wachsmann äußert sein Unverständnis zu den Veröffentlichungen der Presse. Diese stellte den Sachverhalt und die Zusammenhänge nicht korrekt dar; Äußerungen von Gemeindevertretern zur finanziellen Unterstützung des Landkreises in dieser Sache zeigen einen Kontrast auf. Daher befürwortete er die überarbeitete Fassung der Beschlussvorlage, um u. a. die Fördermittel seitens des Landes hierfür auszuschöpfen.

Weitere Wortmeldungen gibt es nicht. Herr Dr. Berger bittet um Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

1. Der Kreistag beschließt die Errichtung eines Schulzentrums (Primarstufe und Sekundarstufe 1) in Fürstenwalde zum Schuljahr 2021/22.
2. Das Schulzentrum wird nur errichtet, wenn eine Förderung durch das Land Brandenburg erfolgt oder sich die Gemeinde verpflichtet die Investitionskosten für den Grundschulteil zu übernehmen.
3. Die Unterhaltungs- und Bewirtschaftungskosten für den Grundschulteil sind von der Stadt Fürstenwalde zu tragen.

einstimmig zugestimmt

Zu TOP 12 Schulentwicklungsplan des Landkreises Oder-Spree für den Zeitraum 2017-2022 Vorlage: 043/2017

Herr Hilke erhält das Wort und weist auf die im Vorfeld geführten zahlreichen Gespräche mit der Gemeinde Schöneiche, den benachbarten Orten und dem Landkreis hin, die unter anderem den Bau des Schulzentrums in Erkner beinhalteten. Schöneiche sei die am meisten wachsende Gemeinde, weise das entsprechend auch durch den Bau neuer Wohngebiete aus und hege seit langem den Wunsch, eine weiterführende Schule betreiben zu dürfen. Die Schüler aus Schöneiche werden derzeit in Rüdersdorf und den Umlandgemeinden beschult, was eine nicht geringe Anzahl bedeute und es gelänge in kurzer Zeit eine Zweizügigkeit herzustellen. Fraglich sei in diesem Zusammenhang jedoch das zusätzliche Vorhaben zur Errichtung eines Schulzentrums in Erkner.

Im Anschluss informiert Frau Siebke die Anwesenden, dass derzeit kein Schulstandort gefährdet sei. Insoweit widerspiegelt der Schulentwicklungsplan eine positive Entwicklung des Landkreises. Nach etlichen Diskussionen wurde durch das Schulverwaltungsamt nunmehr eine Beschlussvorlage in den Kreistag eingebracht, in der die wesentlichen Diskussionsschwerpunkte abgeändert worden seien. Auch sei für das Problem Schöneiche – Erkner durch Neuformulierung eine Lösung gefunden worden.

Herr Dr. Stiller ergreift das Wort und bittet darüber nachzudenken, dass der Schulentwicklungsplan nicht Eins zu Eins die Vorgaben, sondern Handlungs- und Denkphasen enthält, wie die Schulstruktur in den nächsten Jahren leistungsfähig erhalten bleiben kann. Die Entwicklung in den anderen Gemeinden zeigen, dass diese mitunter sehr schnell voranschreitet. Insoweit bleibe die Betrachtung der Gesamtheit und Gleichbehandlung ein wichtiger Aspekt, was bei der Überarbeitung der Prioritätenliste berücksichtigt werden solle.

Herr Dr. Zeschmann bezieht sich auf die Ausführungen von Herrn Hilke und merkt an, dass auch er einen Widerspruch zwischen den Vorhaben in Bezug auf Erkner und Schöneiche sieht. Eine Klarstellung seitens der Verwaltung wird erbeten, da eine Gegenüberstellung der Kosten bereits den Beweis erbringen könne. Insoweit sei die Absetzung der Prioritätenliste von der Tagesordnung ein Argument.

Daraufhin nimmt Herr Buhrke für die Verwaltung Stellung und informiert, dass bereits Gespräche mit den Gemeinden Schöneiche und Erkner stattgefunden haben, um dieses Problem einer Lösung zuzuführen.

Entsprechend werden die Abgeordneten bei den kommenden Gesprächen mit einbezogen.

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen, so dass um Abstimmung gebeten wird.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt den Schulentwicklungsplan des Landkreises Oder-Spree für den Zeitraum 2017-2022.

Mehrheitlich zugestimmt

Nein 1 Enthaltung 0

**Zu TOP 13 Beschlussfassung über die Feststellung des geprüften Jahresabschlusses mit Lagebericht und Verwendung des Jahresergebnisses des Eigenbetriebes "Kommunales Wirtschaftsunternehmen Entsorgung" für das Wirtschaftsjahr 2016
Vorlage: 045/2017**

Es wird kein Redebeitrag geäußert, um Abstimmung wird gebeten.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt:

1. die Feststellung des geprüften Jahresabschlusses 2016 des Eigenbetriebes „Kommunales Wirtschaftsunternehmen Entsorgung“ mit Lagebericht,
2. den in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesenen Jahresgewinn in Höhe von 115.170,95 € auf neue Rechnung vorzutragen.

Mehrheitlich zugestimmt

Nein 1 Enthaltung 1

**Zu TOP 14 Beschlussfassung über die Entlastung der Werkleitung des Eigenbetriebes "Kommunales Wirtschaftsunternehmen Entsorgung" für das Wirtschaftsjahr 2016
Vorlage: 046/2017**

Auch hierzu sind keine Beiträge vorhanden. Um Abstimmung wird gebeten.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt, die Werkleitung des Eigenbetriebes „Kommunales Wirtschaftsunternehmen Entsorgung“ für das Wirtschaftsjahr 2016 zu entlasten.

Mehrheitlich zugestimmt

Nein 1 Enthaltung 2

Zu TOP 15 Genehmigung einer Eilentscheidung über die Bewilligung einer überplanmäßigen Auszahlung i.H.v. 850.000 € für die Investitionsmaßnahme "Umnutzung zweier Odersun-Industriehallen zum Archiv-, Lese- und Medienzentrum und zum Brand-, Zivil- und Katastrophenschutztechnischen Zentrum"
Vorlage: 047/2017

Es ist kein Redebeitrag ersichtlich, die Abstimmung kann erfolgen.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag genehmigt die Eilentscheidung (Anlage) gemäß § 58 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf)

Mehrheitlich zugestimmt

Nein 1

Zu TOP 16 Prioritätenliste für den Investitionsbedarf des Landkreises Oder-Spree im Zeitraum 2018 bis 2022 ff
Vorlage: 050/2017

Die Prioritätenliste wurde bereits im Kreisausschuss am 13.09.2017 in die Ausschüsse zurück verwiesen.

zurückverwiesen

Zu TOP 17 Baubeschluss zum Neubau der Spree-Oberschule einschließlich Schulsporthalle in Fürstenwalde/ Spree
Vorlage: 048/2017

Der Vorsitzende, Herr Berger, gibt bekannt, dass ein Änderungsantrag seitens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen & Piraten vorliegt und bittet Frau Grabs, diesen zu begründen.
Inhalt des Antrages:

Verschieben des Beschlusses auf die nächste Kreistagssitzung.

Zur Begründung trägt Frau Grabs vor, dass seitens der Verwaltung der Beschluss vom Dezember 2015 nicht eingehalten wurde, mit welchem der Ausbau von Photovoltaik und bei Bedarf Solarthermie mit den dazugehörigen Energiespeichern im Landkreis Oder-Spree auf den künftig zu bauenden und derzeit ungeplanten kommunalen Gebäuden beschlossen wurde. Ergeht – laut Beschluss - eine Negativberechnung, ist diese dem Bauausschuss vorzulegen. Optional kann eine Dachbegrünung oder Solaranlage als ökologische Form erfolgen.

Frau Grabs führt weiter aus, dass sie bereits im November 2016 an diesen Beschluss erinnert hat. Sie wirft vor, dass anstatt einer Wirtschaftlichkeitsberechnung subjektive Stellungnahmen vorgelegt wurden. Sie bezieht sich ebenso auf den letzten Bauausschuss im September 2017, bei dem bereits bemängelt wurde, dass keine Stellungnahmen sondern eine Wirtschaftlichkeitsberechnung erforderlich sei. Frau Gläser hätte zugesagt, diese Berechnung im Kreisausschuss vorzulegen; was nicht erfolgt ist.

Im Weiteren betont Herr Dr. Zeschmann., dass er bereits mehrmals auf die Einhaltung der per Beschluss festgelegten Kostenobergrenze hingewiesen hat. Die Sinnhaftigkeit des Beschlusses stelle er in Frage, wenn er das jetzige finanzielle Volumen sieht. Er plädiere daher dafür, den Beschluss zurückzuverweisen, die Wirtschaftlichkeitsberechnung vorzulegen und die Kostenobergrenze einzuhalten.

Herr Buhrke erwidert, dass bei dem Einsatz alternativer Energien die vom Architekten berechnete Kostengrenze nochmals überschritten werde. Es wäre von Nachteil, den Beschluss noch einmal zu vertagen, da die Rahmenbedingungen schon wegen der drohenden Kreisgebietsreform nicht abgesichert sind und weitere Bauvorhaben in den Startlöchern stehen. Da dieses Bauvorhaben in den Finanzplan und die Prioritätenliste eingearbeitet wurde, bittet er um Zustimmung.

Bei dem Einsatz alternativer Energien bittet er zu beachten, dass die Kosten für die Instandhaltung und Sanierung nicht unerheblich seien. Zum Beispiel entstehen Risiken, da Durchbrechungen im Dach und Einlassöffnungen für Licht geplant seien.

Frau Gläser übernimmt die weiteren Ausführungen. Sie berichtet, dass mit den Planern gemeinsam das Ziel anvisiert wurde, eine differenzierte Wirtschaftlichkeitsberechnung zum Kreisausschuss vorzulegen. Leider sei diese zu diesem Zeitpunkt nicht aussagekräftig gewesen. Die jetzt vorliegende Wirtschaftlichkeitsberechnung beinhaltet fiktive Angaben, die für die konkrete Planung nicht ausreichend seien. Das Ergebnis der Diskussion in den Ausschüssen zur vorliegenden Beschlussvorlage, die in ihren Anlagen Zahlen und Berechnungen enthält, ergab, dass die Empfehlung zur Installation einer Photovoltaikanlage oder Dachbegrünung auf dem Dach nicht vorliegt bzw. gegeben wurde. Die Investitionskosten für den Bau und die Wartung seien zu hoch. Frau Gläser weist unter anderem darauf hin, dass in der Planung der Bau einer derartigen Anlage finanziell nicht berücksichtigt wurde, also hinzu käme.

Frau Niels bittet um das Wort und wirft der Verwaltung vor, nicht ausreichend tätig gewesen zu sein. Einige Aspekte, wie z. B. die Nutzung von Solarthermie für die Heizung, wurden nicht berücksichtigt. Es wäre sinnvoller gewesen, eine Fachfirma mit der Berechnung zu beauftragen.

Herr Dr. Stiller sieht in den Punkten Finanzen und Klimaschutz die Streitschwerpunkte, jedoch müsse beachtet werden, dass Baupreise steigen und ihm Bewertungen unter anderem zu Solarthermie vorliegen, die bei umfassender Betrachtung die Auskünfte der Planer bestätigen. Der Schulneubau solle nicht weiter verzögert werden.

Frau Grabs ergreift noch einmal das Wort und betont, dass die Argumente nicht ausreichend seien und verweist auf den im Vorfeld bereits erwähnten Beschluss. Sie fordert zur Prüfung auf, ob eine Negativberechnung vorliegt und die Umsetzung des Beschlusses zur Dachbegrünung.

Der Vorsitzende, Herr Dr. Berger, bittet zunächst um

1. Abstimmung zum Antrag auf Verschiebung bis zum nächsten Kreistag,
Abstimmungsergebnis: mehrheitlich dagegen (6 Stimmen dafür, 5 Enthaltungen),
2. Abstimmung zur Beschlussvorlage (mehrheitlich dafür).

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beauftragt die Verwaltung mit der Fortführung der Vorbereitung und Durchführung des Neubaus der Spree-Oberschule einschließlich Schulsporthalle in der Beeskower Chaussee 10 in 15517 Fürstenwalde/Spree

Mehrheitlich zugestimmt
Nein 3 Enthaltung 5

**Zu TOP 18 Grundsatzbeschluss zur Vorbereitung der Erneuerung der Kreisstraße
K 6747, 1. BA - OD Alt Stahnsdorf, Abschnitt 040,
2. BA - L 40- Alt Stahnsdorf, Abschnitt 030
Vorlage: 054/2017**

Es wird kein Redebedarf angezeigt. Es wird um Abstimmung gebeten.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beauftragt die Verwaltung mit der weiteren planerischen Vorbereitung der Erneuerung der K 6747, Abschnitte 030 und 040, von der L 40 nach Alt Stahnsdorf auf einer Länge von ca. 1.507 m und der OD Alt Stahnsdorf auf einer Länge von ca. 1.130 m.

einstimmig zugestimmt

**Zu TOP 19 Grundsatzbeschluss zur Vorbereitung der Erneuerung der K 6755, Ab-
schnitt 020,
1. BA Autobahnbrücke (A 10) - Freienbrink
2. BA Freienbrink - Spreeau
Vorlage: 055/2017**

Es besteht kein Redebedarf; es wird um Abstimmung gebeten.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beauftragt die Verwaltung mit der weiteren planerischen Vorbereitung der Erneuerung der K 6755, Abschnitt 020, von der Autobahnbrücke (A10) nach Freienbrink auf einer Länge von ca. 717 m und von Freienbrink nach Spreeau (L 23) auf einer Länge von ca. 3.030 m.

einstimmig zugestimmt
Enthaltung 1

**Zu TOP 20 Änderung der Geschäftsordnung des Beirates für Beschäftigungsför-
derung im Landkreis Oder-Spree - Örtlicher Beirat gemäß § 18 d SGB II
- hier Änderung § 3 Zusammensetzung, Berufung, § 4 Vorsitzender und
§ 9 Inkrafttreten
Vorlage: 059/2017**

Frau Niels übernimmt das Wort und blickt aufgrund ihres Abschieds auf ihre Arbeit im Beirat für Beschäftigungsförderung zurück. Sie betont die Schwerpunkte der Tätigkeit und bedankt sich für die konstruktive Zusammenarbeit.

Zur Beschlussvorlage gibt es keine weiteren Redebeiträge. Es wird um Abstimmung gebeten.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt die Änderung der §§ 3, 4 und 9 der Geschäftsordnung des Beirates für Beschäftigungsförderung im Landkreis Oder-Spree.

§ 3 Zusammensetzung, Berufung

(3)k) aus dem Bereich des überörtlichen kommunalen Wirkungskreises auf den für die Grundsi-
cherung zuständigen Leiter;

§ 4 Vorsitzender

Den Vorsitz im Beirat führt der Leiter der besonderen Einrichtung gemäß § 6a SGB II.

§ 9 Inkrafttreten

Die Änderung der Geschäftsordnung tritt mit Wirkung vom 01.11.2017 in Kraft.

einstimmig zugestimmt

Enthaltung 1

**Zu TOP 21 Sitzungsplan 2018
Vorlage: 042/2017**

Herr Sternitzke bittet der Form halber, einen Schreibfehler – Kreistagssitzung, 20. Juni 2018 –
abzuändern.

Weitere Beiträge bzw. Änderungswünsche gibt es nicht. Somit kann die Abstimmung vorge-
nommen werden.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt den Sitzungsplan des Kreistages und seiner Ausschüsse für das Jahr
2018.

einstimmig zugestimmt

**Zu TOP 22 Bestellung der Mitglieder für den Seniorenbeirat des Landkreises O-
der-Spree
Vorlage: 063/2017**

Herr Dr. Berger stellt die Mitglieder namentlich vor. Fragen sind nicht ersichtlich.
Es wird um Abstimmung gebeten.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag bestellt die folgenden Mitglieder des Seniorenbeirates des Landkreises Oder-
Spree:

Frau Gudrun Hankowiak	Eisenhüttenstadt
Frau Renate Schröder	Schöneiche
Herr Dieter Siegesmund	Beeskow
Frau Hannelore Buhl	Erkner
Frau Elke Gessner	Spreenhagen
Herr Dr. Detlef Gasche	Odervorland
Frau Roswitha Straszewski	Friedland.

einstimmig zugestimmt

Enthaltung 2

**Zu TOP 23 Wahl der Beschäftigtenvertreter und ihrer Stellvertreter für den Werksausschuss des Eigenbetriebes KWU
Vorlage: 057/2017**

Herr Dr. Berger fragt die Abgeordneten, ob sie die offene Abstimmung befürworten würden.
(Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt)

Somit kann die offene Abstimmung durchgeführt werden. Herr Dr. Berger verliest die Vorschläge und bittet um Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag wählt auf Vorschlag der Beschäftigten des Eigenbetriebes KWU

Herrn Karsten Bohrer	zum Mitglied
Frau Evelyn Neidhardt	zum Mitglied
Herrn Thomas Pohland	zum Mitglied
Herrn Maik Winkler	zum stellvertretenden Mitglied
Herrn Horst Borkehagen	zum stellvertretenden Mitglied

des Werksausschusses des Eigenbetriebes KWU.

Mehrheitlich zugestimmt

Nein 1

**Zu TOP 24 Neuwahl eines stellvertretenden stimmberechtigten Mitgliedes in den Jugendhilfeausschuss auf Vorschlag des DRK Kreisverbandes Märkisch-Oder-Havel-Spree e. V.
Vorlage: 053/2017**

Es wird kein Redebeitrag gewünscht; es erfolgt die Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag wählt auf Vorschlag des DRK Kreisverbandes Märkisch-Oder-Havel-Spree e.V. Frau Sybill Radig als stellvertretendes stimmberechtigtes Mitglied in den Jugendhilfeausschuss.

Mehrheitlich zugestimmt

Nein 1

**Zu TOP 25 Bestellung eines neuen stellvertretenden Mitgliedes für die Zweckverbandsversammlung Sparkasse Oder-Spree
Vorlage: 037/2017**

Es ist kein Redebeitrag ersichtlich, um Abstimmung wird gebeten.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag des Landkreises Oder-Spree bestellt Herrn Detlef Schrobback als stellvertretendes Mitglied für Frau Elisabeth Alter in die Zweckverbandsversammlung der Sparkasse Oder-Spree.

Mehrheitlich zugestimmt

Nein 1 Enthaltung 1

Zu TOP 26 Veränderungen in den Ausschüssen

Herr Dr. Berger gibt folgende Änderungen in den Ausschüssen bekannt:

1. Fachausschuss Haushalt und Finanzen:
Herr Detlef Schrobback übernimmt den Sitz von Herrn Vogelsänger.
2. Fachausschuss Soziales und Gesundheit
Herr Mario Tamme wird von seiner Funktion entbunden. Als Nachfolgerin wird Frau Doris Frey vorgeschlagen.

Um Abstimmung wird gebeten.

Herr Dr. Berger schließt die öffentlich Sitzung verkündet eine 5-minütige Pause.

Mehrheitlich zugestimmt

Nein 1

Dr. Franz H. Berger
Vorsitzender des Kreistages

Sina Ziesmer
Protokollantin